

# Inhaltlicher Antrag

**Initiator\*innen:** Jusos Dresden (dort beschlossen am: 31.10.2025)

**Titel:** Prävention und Aufarbeitung jetzt!

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Sachsen weiterleiten...

## Antragstext

1 Die deutsche Polizei schlägt immer wieder über ihre gesetzlichen  
2 Rahmenbedingungen hinaus und verstößt gegen ihren Auftrag zum Dienst für die  
3 Öffentlichkeit. Das reicht von obrigkeitsstaatlicher Attitüde gegenüber  
4 Bürger\*innen, verdrehter öffentlicher Darstellung von Tatsachen, offensichtlich  
5 ungerechtfertigter Überwachung, verbaler und körperlicher Gewalt bis hin zum  
6 Tod.  
7 Rechtswidriges Verhalten in Uniform bleibt für die Täter noch zu oft folgenlos,  
8 die Politik tatenlos und für die Öffentlichkeit unbemerkt. Betroffen sind  
9 Journalist\*innen, Demonstrant\*innen oder Fußballfans, aber auch völlig  
10 Unbeteiligte, die einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren.  
11 Die Politik muss daher Maßnahmen zur Ahndung und zur Prävention von  
12 polizeilichem Fehlverhalten und Polizeigewalt treffen. Das ist kein Ausdruck  
13 eines „Generalverdachts“, sondern die nötige demokratische Grundlage für die  
14 Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols.  
15 Gleichzeitig sind selbst die Beamten, die sich um eine rechtsstaatlich  
16 einwandfreie Ausübung ihres Berufes bemühen, viel zu oft völlig überlastet und  
17 werden nicht adäquat unterstützt. Hier muss der Staat als Arbeitgeber  
18 nachbessern.  
19 Die Jusos Dresden setzen sich dafür ein, entsprechende Maßnahmen  
20 mitzugestalten.  
21 Diese Maßnahmen können beinhalten:

- 22
- 23
- 24
- 25
- die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen mit eigener Ermittlungskompetenz. Diese dürfen nicht bei der Polizei oder dem Innenministerien angesiedelt sein, sondern bei den Parlamenten oder anderen wirklich unabhängigen Stellen
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- die weitere Reform der Polizeiausbildung. Dabei müssen der demokratische Charakter des Polizeidienstes, Grundrechte, politische Bildung, das Verhältnis der Beamten zu den Bürger\*innen und interkulturelle Kompetenz einen zentralen Stellenwert einnehmen. Wer diese Aspekte nicht sichtbar meistert, sollte nicht in den Polizeidienst übernommen zu werden. Eventuelle Personalengpässe dürfen dabei keine Rolle spielen.
- 32
- Verpflichtende und regelmäßige Fortbildungen zu diesen Problematiken
- 33
- 34
- 35
- mehr und bessere Maßnahmen zur Stressbewältigung für Polizeikräfte (z.B. Nachbereitung von Einsätzen mit Psycholog\*innen, bessere Personalverteilung und Aufgabenverlagerung)
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- die Neugestaltung von Kooperationsgesprächen im Vorfeld von und der Auswertung nach größeren Polizeieinsätzen. Hier soll die Öffentlichkeit, u.a. in Form von Anmelder\*innen, Journalist\*innen und interessierten Bürger\*innen angemessen beteiligt werden. Insbesondere sollen bei der Auswertung auch kritische Aspekte des Polizeieinsatzes angemessen beleuchtet werden und die Polizei nicht einseitig mit ihrer Deutung zu Wort kommen.
- 43
- 44
- Angebote an die Zivilgesellschaft zur Förderung des Wissens über die eigenen Rechte bei einem Polizeieinsatz.